

Nebrner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den Nummern 1 bis 24. Sonntags: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Verlagsdruckerei: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen-Lohn: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektierblech 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpartakasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 90

Donnerstag, den 31. Juli 1930

43. Jahrgang

Die Reichsbahn schafft Arbeit

Berlin, 30. Juli.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat mit dem Reich ein Abkommen getroffen, nach dem sie zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Behebung der Arbeitslosigkeit neue

Bestellungen und Arbeiten bis zur Höhe von 350 Millionen RM

über das aus der betrieblichen Finanzlage sich ergebende Ausmaß in Einklang mit den durch zu schaffenden Mitteln in Auftrag gegeben wird. Zur Finanzierung dieser Aufträge beschließt die Reichsbahn, zunächst 150 Millionen RM Schatzanweisungen zu begeben. Entsprechend den allgemeinen Bestimmungen der Regierung wird für diese Aufträge nun zu Preisen vergeben, die unter den zur Zeit bestehenden Preisen erheblich zurückbleiben.

Für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn haben die Gelder zur Verfügung, die aus den Sachanweisungen aufkommen. Darüber hinaus beschließt die Reichsbahn schon jetzt im Vorgriff auf die Mittel des Jahres 1931 erhebliche Aufträge, die erfolgen sollen, wenn die Vorbereitungen abgeschlossen sind, und insbesondere über die von der Regierung geleiteten Preisermittlungen mit den Gleisfirmen Abereinbarung getroffen.

Zunächst sollen für Oberbaumaterial die jetzt laufenden Lieferungen, die zuletzt im monatlich 20 000 Tonnen geleistet worden waren, auf 50 000 Tonnen erhöht werden. Für den Umbau der Eisenbahnstrecken sind 80 Millionen RM vorgesehen. Für die Durchführung des Gleisumbaus, soweit dies 1930 noch möglich ist, werden 20 Millionen RM für Befestigungs- und Lohnaufwendungen vorgesehen. Weiterhin sollen für 30 Millionen RM Fahrzeugbeschaffungen für das erste Halbjahr 1930 schon jetzt in Aussicht genommen werden. Außerdem sollen für 10 Millionen RM Triebwagen und Lokomotivbeschaffungen in Höhe von 2 Millionen RM noch in diesem Jahre bestellt werden. Für Neubauten ist ein Aufwand von etwa 50 Millionen RM vorgesehen. Zur Erfüllung der Beschaffungs- und Förderarbeiten an den Fahrzeugen sollen 30 Millionen RM verwendet werden.

Insgesamt wird die Reichsbahn durch Aufträge in Höhe von etwa 212 Millionen RM die Arbeitslosigkeit bekämpfen, wodurch schätzungsweise ein Mehr von

180 000 Menschen während der letzten Monate des Jahres 1930 beschäftigt werden

Die Finanzierung eines weitestgehenden Arbeitsprogramms hängt von der Artlage ab. Auch wird abzuwarten sein, ob Mittel oder langfristige Kredite aufzunehmen werden können.

Die Bestellung der Erwerbslosenhilfe an die Bezirksfürsorgeverbände

Dem Landtage ist das bereits angekündigte Schreiben der Regierung über die Verteilung von 4 000 000 RM an die Bezirksfürsorgeverbände zu den Aufwendungen für Erwerbslosenhilfe zugegangen. Es heißt darin nach u. a.: Die Regierung glaubt, daß die Eingabe der jetzt beantragten 4 Millionen RM die Aufstellung eines ausgeglichene Etats nicht gefährden wird. Denn Sachen kann auf Grund des Reichsgesetzes zur Abänderung des Biersteuergesetzes vom 15. April 1930 mit Mehrüberweisungen rechnen, die den Betrag von 4 Millionen erreichen werden. — Die Untererhebung der vier Millionen soll im wesentlichen nach der Zahl der am 1. Juli vorhandenen Arbeitslosenempfänger und unterförmigen Wohlfahrtsunterstützten erfolgen, in gewissen Umfang aber auch die finanzielle Lage der einzelnen Bezirksfürsorgeverbände berücksichtigen. Der Verteilungsmaßstab und die auf die einzelnen Bezirksfürsorgeverbände entfallenden Summen sollen im Einklang mit dem Sachlichen Gemeinwohl und dem Bestand der Bezirksverbände festgelegt werden. — Der Zwischenausgleich des Landtages ist nunmehr zur Beratung der Regierungsvorlage auf den 1. August, 11 Uhr vormittags, einberufen worden.

Parteiverständnis des Zentrums.

Eine Kundgebung an die Sozialdemokratie. Berlin, 30. Juli.

Vor dem ersicherten Parteivorstand hielt der wieder gekündete Präsident Karm ein für den Wahlkampf als programmatisch zu wertende Rede. Er traf in seinen Ausführungen auch die Parteigruppierungen, die sich in den letzten Tagen vollzogen haben. Er begrüßte die Konfliktlösung des Parteiwahls, glaubte aber, zunächst Zurückhaltung üben zu sollen, da man erst die Erfolge dieser Vorarbeiten abwarten müsse.

Dr. Sch. der Führer der preussischen Zentrumskolonie, erklärte u. a., daß es für die Zentrumskolonie im Preussischen Landtag unmöglich sein würde, mit der Sozialdemokratie weiter zusammenzuarbeiten, wenn diese ihre Haltung dem Zentrum und insbesondere dem Reichstag gegenüber nicht ändere. Wenn mit diesen Kampfschritten der Sozialdemokraten nicht Schlüss gemacht werde und ein weiteres Zusammenarbeiten nicht möglich sei, so solle die Schuld auf die Sozialdemokraten zurück.

Reichstagsler Brining ging auf die Finanzpolitik der letzten Jahre ein und betonte dabei, daß die Anwendung des Artikels 48 keine diktatorische Maßnahme sei, sondern es mehr ein Mittel zur Erzielung des deutschen Volkes zu verantwortlichen Denken darstelle.



Die Gründung der Deutschen Staatspartei.

Die deutsche Demokratische Partei und die Volkswirtschaftliche Vereinigung (Volkswirtschaftlicher Orden) haben sich unter der Bezeichnung Deutsche Staatspartei einer neuen Partei vereinigt. Die neue Deutsche Staatspartei steht auf dem Boden der Befreiung und der Nationalen Einheit. U. B. z. einen Teil der Gründer der neuen Partei. Von links nach rechts stehend: Ernst Lemmer (D. D. P.), Dr. Theodor Eichenburg, Arthur Adolph, Verbandssekretär (Dr. Sp.), f. h. e. Dr. Josef Winkler (D. P.), Erich Koch-Weser (D. P.), Wahren (Jungb.), Bornemann (Jungb.).

Staatspartei und DVP.

Vorläufige Führung der neuen Partei. Berlin, 30. Juli.

Das Büro der Deutschen Staatspartei teilt mit, daß ein vorläufiger Aktionsausschuß gebildet worden ist. dessen Führung die Herren Arthur Wahren, Minister a. D. Koch-Weser und Dr. Winkler für die jungen Volksparteiler sowie Verbandssekretär Erich Adolph übernommen haben. Diese Führung gilt als vorläufig und werde durch neu hinzu kommende Kräfte ergänzt werden. Bereits jetzt, so wird weiter mitgeteilt, lägen zahlreiche Zustimmungserklärungen besonders aus dem Lager der parteilöslichen nicht gebundenen jungen Generation und der Deutschen Volkspartei vor. Die Namen werden in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden.

Es scheint jedoch, daß die Aktion der Deutschen Staatspartei bei der Deutschen Volkspartei nach wie vor ein Widerstand besteht. Die „Nationalistische Correspondenz“ stellt fest, die Behauptung des Jungdeutschen und einiger demokratischer Stellen, Reichsminister Dr. Scholz habe nunmehr als Gegenstück zur Staatspartei eine sogenannte Staatspartei zu gründen, sei auch nur eine ihrer vielen freien Erfindungen. Die genaue und vertriebt werden, um für die sogenannte Staatspartei Stimmung zu machen. Ferner erklärt die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler gegenüber der immer wiederkehrenden Behauptung der demokratischen Presse, daß namhafte junge Volksparteiler zu der neugegründeten Staatspartei übergetreten seien, daß die in diesem Zusammenhang genannten Herren Dr. Winkler und Wodius von Rheinbach niemals der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler als Mitglieder angehört haben. Dr. Eichenburg ist zwar Mitglied der Reichsgemeinschaft, habe in ihr aber niemals eine führende Rolle gespielt.

„Deutsche Staatspartei“ besteht schon!

Ein Schriftsteller namens Hall-Halfern, „Erster Vorkämpfer der „Deutschen Staatspartei“, reklamiert nunmehr nach der Gründung der „Deutschen Staatspartei“ den Namen für die gleichnamige Gründung, die er selbst vor längerer Zeit vorgenommen habe und die bereits vereinsmäßig eingetragen worden sei. Der Genannte hatte diesen Titel übrigens auch einmal der Deutschen Volkspartei angeboten. Jetzt will er durch seinen Rechtsanwalt eine einstweilige Verfügung erwirken, wonach der Neugründung gleiches Namens die Führung dieser Bezeichnung unterliegt werden soll.

Hertritt des Abgeordneten Ertelenz zur SPD

Wie wir erfahren, ist der Reichstagsabgeordnete Ertelenz aus der Demokratischen Partei ausgetreten und hat gleichzeitig angekündigt, daß er die Arbeit habe, sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen.

Als Grund für sein Auscheiden bezeichnet er die Haltung der Demokratischen Partei zum Kabinett Brining. Da er die ihm wieder angetragene Spitzenkandidatur der Demokratischen Liste für Düsseldorf-Ost und West abgelehnt hat, wird in politischen Kreisen angenommen, daß Ertelenz bei den kommenden Wahlen für die SPD kandidieren wird.

Schiele zur Bauernpartei übergetreten.

Berlin, 30. Juli. Wie die Landvolksnachrichten mitteilen, hat der Parteiauswärtiger der Landvolkspartei beschlossen, mit der Konfessionspartei eine gemeinsame Reichsliste unter dem Kennwort „Deutsches Landvolk“ (Christlich-National- und Landvolksliste) aufzustellen. Wie die Landvolksnachrichten weiter hören, hat sich Minister Schiele der Landvolkspartei angeschlossen. Ebenso ist der Landvolkspartei beigetreten: Debonnemat Bachmann, der bayerische Bauernvertreter.

Sammlung durch Listenverbindung.

Um keine Wählerstimmen zu verlieren. Berlin, 30. Juli.

Der Reichsinnenminister hat in die Landesregierungen einen sehr ausführlichen Erlaß gerichtet, der viele Seiten lang die Vorbereitungen für die Reichstagswahl erläutert, die Bestimmungen des Reichswahlgesetzes und der Reichstagswahlordnung den beteiligten Stellen ins Gedächtnis ruff und Maßnahmen dafür gibt, wie Anzeigenungen der Wahlkreise mehrere Kreiswahlvorsitzende miteinander verbunden werden sollen, wie die Wahlkreise für die Wahlkreise zu stellen notwendig, die nun schon zum fünften Male die Aufgabe haben, eine Reichstagswahl vorzubereiten und für ihren ordnungsmäßigen Verlauf zu sorgen.

Das Reichswahlgesetz mit seinen 44 Paragraphen und die Reichstagswahlordnung mit ihren 168 Paragraphen und 20 Anlagen sind in der Tat so komplizierte Gebilde, daß sie nicht ohne weiteres verständlich sind.

Zuch wenn man berücksichtigt, daß ein großer Teil dieser Bestimmungen Spezialfragen regelt, wie sie sich aus Volksgesetzen und Volkswahlgesetz ergeben, bleibt doch für die eigentliche Reichstagswahl eine ganze Fülle von Sonderbestimmungen übrig, die den ganzen Wahlvorgang in allen Details regeln.

Eines der Schlagwörter, die bei der parteipolitischen Vorbereitung des Wahlkampfes eine große Rolle spielen, ist der Begriff der Listenverbindung.

Man hat die Listenverbindung vielfach als ein Mittel betrachtet, eine Parteienallianz zu erzielen. Das Reichswahlgesetz bestimmt: „Innerhalb eines Wahlkreisverbandes können mehrere Kreiswahlvorsitzende miteinander verbunden werden. Die Verbindung ist wirksam, wenn die Kreiswahlvorsitzende dem gleichen oder keinem Reichswahlprotokoll angegliedert werden.“ Das bedeutet also, daß eine Listenverbindung nicht von rein lokalen Organisationen in einzelnen Wahlkreisen eingegangen werden kann.

Sondern daß Listenverbindungen stets unter einem gemeinsamen politischen Gesichtspunkt zustandekommen sollen.

Nur wenn solche gemeinsamen politischen Gesichtspunkte vorhanden sind, werden sich mehrere Parteien auf eine gemeinsame Reichswahlvereinigung einigen können, und nur wenn ein gemeinsames Interesse größerer Bevölkerungsteile zu erwarten ist, wird eine Listenverbindung über einen Wahlkreisverband zustandekommen.

In den Wahlkreisverbänden ist also immer ein politisches Gebot mit gemeinsamen Interessen zusammengefaßt, so daß sich z. B. die Möglichkeit zur Durchföhrung besonderer landmannschaftlicher Organisationen ergibt.

Diese Beschränkung für die Listenverbindung bedeuten in ihrer praktischen Wirkung für den letzten Fall, daß die an einer Listenverbindung beteiligten Parteien eine gemeinsame Reichsliste aufstellen müssen, auf der dann in einer bestimmten Reihenfolge z. B. die Parteiführer aufeinander folgen würden. Daraus bereits ergibt sich eine der besonderen Schwierigkeiten, die einem solchen Verfahren zur Parteienvereinigung entgegensteht. Der Vorteil besteht darin, daß die bei den verschiedenen Parteien vorhandenen Wählerstimmen abdiert und auf die gemeinsame Reichsliste verzeichnet werden können, so daß für die einzelne Partei fast keine Wählerstimmen verloren gehen.

Gegen Wirtschaftspessimismus.

Eine Rede Stegerwads. Duisburg, 29. Juli.

Auf einer Tagung des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine führte Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwad u. a. aus: Mir scheint gegenwärtig die Hauptaufgabe zu sein, die Wachstüchtigkeit und den Fortschritt in der Wirtschaft zu gewährleisten, die Wirtschaft zu Staat und Wirtschaft mit allen erdenklichen Mitteln zu pflegen. Die Reichsregierung wird auf diesem Gebiete alles tun, was in ihrer Macht steht. Das Notwendigste ist geföhrd durch die Notverordnung gelöhden.

Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages wird ein großes Sanierungsprogramm der Reichsregierung vorköhlen. Dabei hat die Reichsregierung nicht vor, für den Papierkorb zu arbeiten. Sie wird im Herbst von den hinter ihr liegenden Parteien fordern, daß die jetzigen Notverordnungen des Reichspräsidenten und das große Sanierungsprogramm die Grundlage für jede künftige Regierung und Regierungsoffizien abzugeben haben.

Von der Opposition, die die Reichstagsauflösung herbeiföhrd, sind im Reich drei Gruppen nicht regierungstüchtig: Jungdeutsche, die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Die Sozialdemokratie, die als einzige unter den Oppositionsparteien regierungstüchtig ist, wird bestimmt im Reichstag ihre Mehrheit bekommen. Sie ist zufrieden, wenn sie ihre jetzige Mandatsdauer behauptet. Ohne die gegenwärtige Regierungsoffizien oder große Bestandteile von ihr ist auch im künftigen Reichstag keine Mehrheit möglich.

Diese Aufgabe wird die Reichsregierung im Interesse von Volk und Staat ausmachen müssen, und zwar die Arbeit der jetzigen Regierung für Gegenwart und Zukunft

von fundamentaler Bedeutung sein und bleiben, ganz gleich, wie die Rechtsstaaten im einzelnen ausfallen mögen.

Gewerkschaft für Arbeitspflicht

Einführung eines Dienstjahres geordert.

Bestin, 30. Juli.
Der in Breslau stattfindende 13. Deutsche Studentenrat hat am Montag einen Antrag an die Studenten die sofortige Einführung eines Arbeitsdienstjahres für sämtliche geübten Männer im Alter von 19 Jahren verlangt. In dem Antrag heißt es u. a.: „Die Arbeitsdienstpflichtigen sollen neben einer hochqualifizierenden Arbeit ippochilisch geübt und in politischen und kulturellen Fragen unterrichtet werden. Die Deutsche Studentenschaft ist sich darüber klar, daß die Einführung des Arbeitsdienstjahres eine der vornehmsten Aufgaben einer demokratischen Regierung sein muß, und erklärt, daß sie zur aktiven Mitarbeit an der Durchführung dieses Planes bereit ist.“

Ernterfassung und Herbstausfall.

Stellungnahme gegen bürokratisches Vorgehen.

Moskau, 30. Juli.
Schon wieder hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei eine langwierige Entschlüsselung über die „Popularisierung“ der Befehle des Parteifongresses ertlassen, in der die Grundlinien für den großen Feldzug um die Ernterfassung und um die gleichzeitige Vorbereitung der Herbstausfall aufgestellt werden.

Die Entschlüsselung geht davon aus, daß der Parteifongress den sozialistischen Aufbau des Dorfes zur Kernfrage jeder bolschewistischen Innenpolitik gemacht habe, und fordert energig alle Unterorganismen im Lande auf, den ganzen Apparat und alle zur Verfügung stehenden Kräfte zur Erfüllung der Ernte aufzubieten, „die für den Bestand der Sowjetunion eine ausschlaggebende Bedeutung haben werden.“ In den einzelnen Punkten der Entschlüsselung wird klargestellt, daß die Befehle des Parteifongresses in der Praxis und in den Provinzialbehörden Stellung genommen und dafür eingetreten, daß die Kollektiven den Eigenbesitzern alle Hilfe leisten, da deren Ernterträge „vorrätig“ noch einen großen Bestandteil der Gesamternte ausmachen würden. Am letzten Punkt wird entsprechend den Befehlen des Parteifongresses mit möglicher Befestigung in landwirtschaftliche Genossenschaften zusammengeführt werden müßte.

Keine Grenzrevision an der Weichsel.

Lügnische Hege der Polepreffe.

Warschau, 29. Juli.
Das polnische Regierungsblatt, „Gazeta Polska“, äußert sich mit großer Schärfe gegen eine Revision der polnischen Westgrenze und verweist sich dabei auf die ungeheuerlichen Behauptungen. Das Blatt erklärt zunächst, daß es für Polen das Thema „Grenzrevision“ überhaupt nicht gebe, und beschränkt in diesem Zusammenhang, daß Polen die Freiheit und Unabhängigkeit nur durch seine eigenen Kräfte und militärischen Taten und dank der Hilfe der Alliierten erlangt habe.

Es behauptet sich Zweifel daran, daß die von Deutschland abgetrennten Gebiete ethnographisch polnisch seien, so wie es seinem Zweifel unterliege, daß andere ethnographisch polnische Gebiete bei Deutschland geblieben seien.

Dieser Lösung ist wiederum Behauptung fügt das Blatt folgende Erwähnung an: „Polen besitzt heute eine der stärksten Armeen Europas, und die polnische Kriegsinfanterie wächst von Tag zu Tag. In Anbetracht dieser Tatsache sollen sich die realen deutschen Politiker ein für allemal die phantastischen Trübseligkeiten einer Grenzrevision aus dem Kopf schlagen und auf Grund der realen Dinge mit Polen über die bestehenden Grenzen zu einem modus vivendi kommen.“

Diese Kriegsabwehr wird Deutschland jedoch nicht daran hindern, die Frage der Grenzrevision zu gegebenen Zeit aufzurollen.

Deutsch-polnische Vereinbarung über die Grenzwissenschaften

Bestin, 30. Juli.

Die letzten Zwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze haben zu einer Vereinbarung zwischen der deutschen und polnischen Regierung über eine gemeinsame absehende Prüfung des Tatbestandes durch je einen Delegierten der beiden Außenministerien geführt. Bei den Verhandlungen der Delegierten ist der gesamte Sachverhalt eingehend erörtert worden. Ein Teil bisheriger Streitigkeiten konnte dabei gelöst werden. Eine offizielle Vereinbarung über alle Einzelheiten ist aber nicht erzielt worden.

An Verlog dieser Prüfung und im Interesse der nachbarlichen Beziehungen haben sich die beiden Regierungen nimmend über folgende Punkte geeinigt:

Soweit auf der einen oder anderen Seite Strafverfahren eingeleitet sind, werden die beiden Regierungen sich gegenseitig das für die Durchführung der Fälle ladende Material, insbesondere Zeugenaussagen mitteilen und den zuständigen Behörden zur Berücksichtigung bei den in Gang befindlichen Verfahren übermitteln. Dies gilt insbesondere für den Zwischenfall von Prokoffin, zu dem die polnische Regierung nure 20. März 1931 zur Verfügung gestellt hat. Die sich im Laufe der vorliegenden Verfahren ergebenden tatsächlichen Feststellungen werden sich die Regierungen gegenseitig zur Kenntnis bringen.

Zusammen haben die beiden Regierungen 18 in ähnlichen Art und Weise der polnischen Regierung in dem betreffenden Grenzgebiet die Überbreitung der Grenze ohne besonderen Dienstauftrag und ohne vorheriges Benehmen mit den Grenzbehörden des anderen Teiles grundsätzlich verboten worden; auch sind sie angewiesen worden, die Beobachtung der Vorschriften über den Grenzverkehr insbesondere derjenigen über den Besitz von Grenzweismen, die unrichtige Härte gegenüber der zivilen Bevölkerung zu vermeiden. Sämtliche haben die örtlichen Behörden Weisungen über eine Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden des anderen Teiles bei etwa vorkommenden künftigen Grenzzwischenfällen zu erhalten.

Ein Schachzug gegen Deutschland.

Off- und Mitteleuropatagung unter Polens Führung.

Riga, 30. Juli.

Polen hat eine Tagung der mittel- und osteuropäischen Staaten unter Ausrichtung Deutschlands vorgeschlagen, ein Gedanke, der von Lettland sehr günstig aufgenommen wor-

den ist. Das lettische Außenministerium hat sich grundsätzlich Markau gegenüber bereit erklärt, an derartigen Besprechungen teilzunehmen. Zeitpunkt und Ort der Tagung sowie die Tagesordnung der Besprechungen wird Lettland noch nicht mitgeteilt worden.

Bei der polnischen Anregung handelt es sich ganz offensichtlich um einen Schachzug gegen die neue Agrarpolitik der letzten Zeit. Daß man in Lettland an diesen Besprechungen gern teilnimmt, erklärt sich aus der Tatsache, daß die lettische Landwirtschaft durch die neue, im August beschlossene Erhöhung des deutschen Zollsollens stark in Mitleidenschaft gezogen ist. Allem Ansehen nach hofft man auf dem Wege der Besprechung der Landwirtschaftsminister der ost- und mitteleuropäischen Staaten einen gewissen Einfluß auf die Gestaltung der Agrarpolitik und der deutschen Zollpolitik zu gewinnen.

Polnische Willkür.

Nißhandlung und Verhaftung von Danzigern in Hela.

Danzig, 30. Juli.

Während eines Ausfluges des katholischen Jugend- und Jungmänner-Bereins St. Brigitten nach dem polnischen Ort Hela kam es infolge des rabauwilligen Verhaltens polnischer Elemente zu wüsten Ausschreitungen gegen die jugendlichen Danziger.

Die Danziger waren bereits vorher in der Helaer Dorfstraße von Polen gehänselt worden, indem einem Danziger von polnischen Zettelweibern ein Zettel mit polnischer Aufschrift auf den Rücken geklebt worden war. Anfolge dieser Hänneleien kam es zu Keibelereien, in deren Verlauf sich auch eine junge Polin, die mit einer Wäsche eine Kollekte sammelte, beleidigt fühlte. Schließlich verhafteten hünzgeleitete polnische Polizisten einen jungen Danziger, den 18jährigen Paul Wlojzki.

Als seine Kameraden ihm zum Haktloft folgen wollten, wurden sie von acht bis zehn Polen überfallen, mit Hieben und Schlägen bedrängt und schwer mißhandelt. Zwei junge Danziger wurden dabei so schwer verletzt, daß sie bewußlos zusammenbrachen. Einer trat eine Gehirnerschütterung, ein anderer eine schwere Beinverletzung davon.

Der Leiter des katholischen Jugendvereins erhob bei einem polnischen Polizeioffizier Einspruch gegen das rohe Verhalten der Polen und bat um Schuß für die Danziger Angekommenen, wurde aber abgelehnt. Zwei mit höhnischem Lächeln abgehen. Der verhaftete Wlojzki wurde wie ein Schmerverbrecher in das Gerichtsgefängnis nach Rügig transportiert. Vom Danziger Senat sind bereits Schritte eingeleitet worden, um eine Freilassung zu erwirken.

Während polnische Matrosen in Danzig friedliche Bürger mit Messern und Revolvern überfallen und am Sonntag sogar fünf Danziger schwer verletzten, sind Danziger Ausflügler in Polen ihres Lebens nicht mehr sicher und gewissermaßen vogelfrei dem rabauwilligen polnischen Mob preisgegeben. Es erscheint dringend notwendig, daß bald einmal auf der amtsicher Danziger Seite energig gegen diese polnische Verhalten Front gemacht wird.

Zwischenfall mit Woldemaras.

Wollte er entfliehen?

Konow, 29. Juli.

Anfolge eines rätselhaften Zwischenfalles wurde die Polizeiaufsicht über Woldemaras im Kreise Krakauerin fast verfallen. Am feinen Anhalten erschienen bei ihm und machten mit ihm einen Spaziergang. Eine einen Kilometer von dem Verbannungsort fuhr plötzlich ein Kraftwagen vor, den die drei Spaziergänger beiseite wollten. Der Polizeibeamte der Woldemaras beauftragte, erhob heftigen Protest und griff nach der Waffe. In demselben Augenblick holten auch Woldemaras und seine Besucher Revolver aus den Taschen hervor und forderten den Beamten auf, seine Waffe sofort wieder einzulegen. Der Polizeibeamte gab nach, und Woldemaras fuhr mit den beiden Besuchern ab.

Er entließ jedoch nicht, sondern setzte im Kraftwagen nach seinem Verbannungsort zurück. Infolge dieses Zwischenfalles mit Woldemaras, der bei dem Dröpsparter untergebracht ist, von einem verstärkten Polizeiaufgebot bewacht.

Wichtiger Akt der Sowjetregierung.

Einführung der allgemeinen Schulpflicht.

Moskau, 29. Juli.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei beschloß die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, und zwar vom Beginn des Rechnungsjahres 1930/31 ab für Kinder von 8, 9 und 10 Jahren und ab 1931/32 für Kinder von 11 Jahren.

Zusammen soll im Rechnungsjahr 1930/31 eine ein- bis zweijährige Schulpflicht für Kinder von 11 bis 15 Jahren eingeführt werden, die die Nationalität nicht abfoliert haben. In Anbetracht dessen und Arbeiterleistungen werden ab 1930/31 Pflichtstunden mit hundertstündigem Gehrag für solche Schulpflichter eingerichtet, welche die Elementarstufe im gleichen Jahre beendet haben. Sämtliche Parteiorganisationen sind, so bestimmt das Zentralkomitee, aufzufordern, die Einführung der allgemeinen Schulpflicht als die wichtigste politische Kampagne der ganzen bevorstehenden Periode zu betrachten.

Der russisch-amerikanische Konflikt.

Drohender Abbruch der Handelsbeziehungen.

Newyork, 30. Juli.

Für die Öffentlichkeit nicht gerade unerwartet, aber doch überraschend schnell hat der Kampf amerikanischer Wirtschaftsstreife gegen die Einfuhr russischer Erzeugnisse schärfere Formen angenommen. Die Einfuhr in einen Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu führen. Internatssekretär Kommandeur der Zollverwaltung des Schatzamts, erklärte, es sei unmöglich festzustellen, daß katholische Priester, Großhändler und die Mitglieder der alten Bruderschaften answandern zur Arbeit in der Holzindustrie sowie in den Kohlen- und Manganganerzenden Sowjetrusslands herangezogen werden. Dagegen können Sowjetrussland zu Breiten verkaufen, mit denen die amerikanische Industrie nicht konkurrieren könne.

Die Regierung habe energigliche Abwehrmaßnahmen ergriffen und werde gegebenenfalls auch vor einem Ein- und Ausfuhrverbot für sämtliche russischen Waren nicht zurückfahren.

Das Embargo auf Holz zur Papierfabrikation sei der erste Schritt. Fernere keine Unterhandlungen im Gange, ob das Ein- und Ausfuhrverbot auf Kohle und Manganganerz ausgedehnt werden soll.

Die Verhandlungen der sowjetrussischen Handelsvertretung mit den amerikanischen Zollbeamten über die Aufhebung des Embargos für drei Schiffsladungen Holzstoff sind ergebnislos verlaufen.

Die amerikanische Bewegung wird vom Vizepräsidenten der amerikanischen Arbeitervereinigungen, Mathew, voll unterstützt, der im Interesse der Arbeiterkraft für den Holzszolltarif eingetreten ist und jetzt die Sperrung der gesamten russischen Einfuhr fordert.

Was geht in Afghanistan vor sich?

Aussand gegen König Nadir.

London, 29. Juli.

Reisende, die aus Kabul eintriften, berichten über einen neuen, wechsellagigen Aufstand gegen König Nadir Khan. Candeleute Bacha-J-Safaw, der im vorigen Jahre abgesetzt und hingerichtet wurde, marschierten gegen die Hauptstadt. Sie wurden angeführt von Khan Mohamed, einem Freunde des vormaligen Königs, der während darüber war, daß Bacha-J-Safaw, nachdem ihm Begnadigung verprochen worden war, geflüchtet wurde.

Die Aufständischen sollen plötzlich in der Nähe Kabuls erschienen sein, ohne auf Widerstand seitens des Herrschers Nadir Khans zu stoßen, das sich gewiegt habe, zu kämpfen, weil es infolge Geldknappheit seine Abhängigkeit erhalten hätte. Einem anderen Bericht zufolge sollen die Aufständischen jedoch geflohen worden sein. Häufiger wurden eingeschickt; aber die Gegend soll jetzt wieder ruhig sein.

Gandhis Bedingungen.

Vor einer Verhandlungskonferenz.

London, 29. Juli.

Eine Besprechung mit Gandhi wegen einer allindischen Konferenz wird bestätigt, ebenso die Tatsache, daß Gandhi und Frau Radu eine entgegenkommendere Haltung einnehmen. Der Hauptüberwiderstand gegen eine Beteiligung der indischen Führer an der Konferenz soll von dem jüngeren Nehru stammen.

Die Verhandlungen für Gandhis Teilnahme sind gemeinsame Zusicherungen des Vizekönigs in den vier wichtigsten von Gandhi aufgestellten Forderungen:

1. Einbeziehung des Entwurfs einer indischen Verfassung, die im wesentlichen einer völligen Unabhängigkeit gleichkommt, in den Aufgabenkreis der Konferenz;

2. Aufgabe der Selbststeuer, Verbot des Alkoholkonsums und ein Verbot des Verkaufs ausländischer Textilwaren;

3. Amnestie für alle politischen Geangenen, jedoch der Teilung des indischen Ungehorsams „endet sein wird“;

4. Verhandlungen über die restlichen elf Punkte, die Gandhi vor Beginn seines Aufenthalts in Wien in einem Schreiben an den Vizekönig festlegte, nach Abschluß der englisch-indischen Konferenz.

Aus der Umgegend

Nebra, 31. Juli.

Besseres Erntewetter wird jetzt dringender gewünscht. Nach schein erhebliche Mengen der Getreideernte auf den Feldern, die überflutet sind, wegen der häufigen Regenschauer jedoch nicht herangebracht werden können. Die darauf nachfolgende Witterung verleiht den Landwirten mehr Arbeit, während ohnehin die Gefahr besteht, daß die Knerntkraft dadurch mindernd wird. Den Hofdrängern allerdings ist die tägliche Regenfälle der letzten Wochen sehr zu nutzen gekommen, ihr guter Stand vertritt wenigstens einigermaßen eine Entschädigung für die Mehrarbeit mit der Halmtarbeit.

Deutsche Volkspartei. Der Geschäftsführende Ausschuss der Landesverbände Halle-Merzbach trat am 28. Juli in Halle zusammen, um zu der gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Nach einem weitläufigen Vortrag des langjährigen Wahlkreisabgeordneten Dr. Carl Bremer fand eine ausgedehnte Diskussion statt. Man beschäftigte sich mit allen hiesigen Fragen und kam zu dem Schluß, daß die Deutsche Volkspartei zunächst keinen Grund habe, die Gründung der Deutschen Staatspartei, die aus der Demokratischen Partei und dem Jungdeutschen Orden hervorgegangen sei, zu beschleunigen. Bei der Neubildung habe man planmäßig die Beteiligung der D.V.P. und den Vorhand der Volksgemeinschaft junger Volksparteiler übertragen. Nach wie vor würden die Bestimmungen der Deutschen Volkspartei darauf hinauslaufen, eine möglichst weitgehende bürgerliche Sammlung zu erreichen. Alle diese Bestimmungen zur Erreichung dieses Ziel sind allerdings durch den geschiedenen Schritt einer Gründung der neuen Partei außerordentlich erschwert, wenn nicht in Frage gestellt worden. Der Kampf der Deutschen Volkspartei werde sich vornehmlich nach 2 Fronten zu orientieren haben: gegen den Marxismus auf der einen und den Rechtsradikalismus auf der anderen Seite. Die Deutsche Volkspartei habe an Grund ihres bisherigen Verhaltens ein völlig neues Gewissen. Und deshalb sei sie in jeder Beziehung zu größtem Optimismus berechtigt!

Großhändler. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Dienstagmorgen kurz vor unserm Dorf. Der Sohn des Landwirts Kottmann von hier kam von Nebra auf seinem Motorrad gefahren. Die Straße war frei, aber plötzlich sprang das sechs-jährige Töchterchen des Bergmanns Walter über die Straße, der Fahrer vermochte sich Nad nicht mehr zu halten und überfuhr das Kind. Die Verletzungen des Letzteren namentlich am Kopf waren so schwer, daß eine Lebensführung nach Halle in die Klinik sofort erfolgen mußte. Öffentlich gelang es ärztlicher Kunst, das arme Kind wieder herzustellen. Der Fahrer soll seine Schuld treffen, allerdings — das muß bei solchen Fällen immer wiederholt werden — ist es schließlich nicht notwendig, daß im Ortsbereich so rasch gefahren wird, daß bei solchen Zwischenfällen das Fahrzeug nicht gehalten werden kann. Die Eltern können ihre Kinder doch nicht den ganzen Tag in der Straße einbreiten.

Nagelben. (Schweres Motorradunglück.) Auf der Straße nach Wehe, kurz hinter der Kanalbrücke, ereignete sich gestern nachmittag gegen 4 Uhr ein schweres Motorradunglück. Der bislang in den Rahn-Straßenverkehrsamt in Halle beschäftigt gewesene Schloffer Albert Bunte aus Wehe befand sich mit seinem schweren Motorrad auf der Fahrt nach Halle nach Wehe. Zwischen Wehe und Wehe kam verfuhr kurz hinter der Kanalbrücke auf dem Sommerweg ins Schützenheim und fuhrte kopfüber den Abhang hinab in den Graben des so genannten Nagelbaches. Durch den Sturz brach er den rechten Unterschenkel, während das Motorrad nach verfallensmäßig auf davonsam. Durch Herrn Dr. Pfeifer-Wehe wurde der erste Verband angelegt und die Lebensführung des Bedauernswerten in die Halle'sche Klinik gleich in die Wege geleitet.

Der Vermahlungszwang im August. Keine harte Diöte.

Berlin, 30. Juli.
Mit Rücksicht auf die Verzögerung der Weizenente in maßgebenden Bezirken hat der Reichsanwalt für Ernährung und Landwirtschaft zunächst von der Festschließung einer harten Vermahlungsquote für den Monat August abgesehen. Damit tritt der in Artikel I, Paragraph 2 des Vermahlungszwangsgesetzes vorgesehene Zustand ein, daß in der Zeit vom 1. August bis zum 30. November 1930 mindestens 40 v. H. Inlandsweizen zu vermahlen sind.

Der Reichsanwalt für Ernährung und Landwirtschaft wird aber den weiteren Verlauf der Erntebewertung und der Marktentwicklung ständig beobachten und, sobald sich das Ernteresultat klar übersehen läßt, eine neue Entscheidung treffen. Es bleibt dabei vorbehalten, bereits im Laufe des Monats August einen höheren Vermahlungsfuß festzusetzen, wobei die für die ersten beiden Augustwochen geltende Diöte zu verrechnen sein wird.

Ein unerhörter Vorgang.

Butterzoll und die deutsch-finnischen Verhandlungen.
Berlin, 30. Juli.

Im Zusammenhang mit dem deutsch-finnischen Handelsvertrag haben sich in letzter Zeit ausländische Boykottforderungen gegen Deutschland bemerkbar gemacht, die von gewissen Interessengruppen in Zusammenhang mit den in Finnland stehenden Privatverträgen ausgingen. In Berlin wird die Inzenerung eines derartigen Boykotts als ein unerhörter Vorgang bezeichnet, dem jede solche Grundlage fehle.

Von einem Scheitern der deutsch-finnischen Verhandlungen könne im Gegensatz zu anderslautenden Behauptungen vorläufig nicht gesprochen werden. Schwierigkeiten, die in der Zeit aufgetaucht sind, seien lediglich juristischer Art. Es sei völlig falsch, wenn behauptet werde, daß durch die Privatverträge die Weizenanfertigung verlehrt werde. Es sei leistungsfähig vom Reichstag beschlossen worden, daß der Butterzoll auf jeden Fall auf 50 % erhöht werde. Wenn der neue Zoll in Kraft trete, lasse sich im Augenblick noch nicht überlegen. Falls die Privatverträge nicht in Kraft treten, dann werde damit auch das Zustandekommen, das mit Finnland abgeschlossen worden sei, illusorisch. Eine Entscheidung hierüber dürfte vielleicht schon in den nächsten Tagen fallen.

Kampf um das englische Wahlrecht.

Neue Vorstöße der Liberalen.

London, 29. Juli.

Der parlamentarische Ausschuss, den die englischen Parteien zur Prüfung von Möglichkeiten einer Wahlreform eingesetzt hatten, hat den Abbruch seiner Arbeiten in einem Schreiben an den Premierminister begründet und gleichzeitig eine Denkschrift über die Ergebnisse seiner Bemühungen veröffentlicht.

Diese Denkschrift befaßt, daß die liberale Forderung nach Einführung des Verhältniswahlrechts von der Arbeiterpartei nicht akzeptiert werden ist, und sie zeigt weiter, daß auch die Konservativen nicht geneigt waren, den Liberalen auf diesem Wege zu folgen. Von konservativer Seite ist der Kompromissvorschlag, den die Liberalen dann gemacht haben, ein Wahlrecht mit Stimmenübertragung zu schaffen, ebenfalls entschieden abgelehnt worden, und man wäre im konservativen Lager noch eher bereit gewesen, die Verhältniswahl in Erwägung zu ziehen. Hier aber ist der Ausschuss an dem Widerstand der Arbeiterpartei gescheitert.

Die schwere Entscheidung, die die Liberalen erfahren haben, kommt in ihrer Kreise sehr deutlich zum Ausdruck, wo man den Kampf um die Verhältniswahl noch keineswegs aufgibt und ihre Vorteile in allen Tönen preist. Es ist also zu erwarten, daß trotz dieses ergebnislosen Versuches die Bemühungen um eine Wahlreform in England nicht beendet sind und daß die Liberalen, die Druckmöglichkeiten, die sie auf zahlreichen politischen Gremien haben, benutzen werden, um die Arbeiterpartei ihren Wünschen gefügiger zu machen.



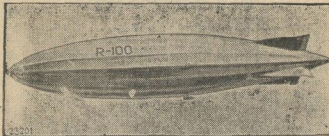
Deutsches Bundeseschlesien-Möln.

Das 19. deutsche Bundeseschlesien erlebte seinen Höhepunkt in dem Festzug, der durch die Straßen Bödens zog. Zwei Stunden dauerte der Vorbemarsch. Circa 20.000 Mann waren beteiligt. Eine nach Hunderttausenden zählende Menschenmenge hand Spalier.



Ehrenplakette für Dr. Neustädter.

Anlässlich des 60. Geburtstages Dr. Otto Neustädters, des Pioniers für die modernen Vorkämpfer der hygienischen Volksbelehrung, hat der Bildhauer Karl Deutzer eine Plakette geschaffen.



Englands Eiskremluftschiff fliegt nach Kanada.

Nach eingehenden Vorbereitungen ist der Transozeanflug mit dem englische Luftschiff „R 100“ getarnt. Das Ziel des Luftschiffes ist der Flughafen Jubertziel bei Montreal, wo die kanadische Regierung einen Ankerplatz errichten ließ.

Landwirtschaftliches.

♦ Auch Jungenten sollte Gelegente zum Baden gegeben werden. Für diesen Zweck genügt unter Umständen ein kleines Schwimmbecken mit einer entsprechenden Wasserhöhe vollständig. Diese Badegelegente kann auch im Stalle aufgestellt werden. Bei kaltem Wetter wird das Wasser durch Zugießen heißen Wassers etwas erträglicher gemacht. S.

♦ Als Kraftfutter für junge Gänse kommt Hafer in Betracht. Die Tiere erhalten hieron früh und abends eine entsprechende Gabe, zuerst nur wenig, mit fortschreitendem Alter kann die Menge erhöht werden. Als Kraftfutter für eine etwa zehn Wochen alte Gans kann ein geschäufertes Hühnerhohlf Hafer dienen, den sie morgens und abends erhält. S.

♦ Nicht zuviel kühlen kalte! Die zur Verfügung stehenden Aufzuchtställe mit mehr Rufen zu bevölkern, als darin bequem untergebracht werden können, ist immer von Beliebig. Es kann daher nur immer wieder angeraten werden, alle überflüssigen Tiere bei Zeiten zu verkaufen und nur diejenigen zu behalten, die zu festem und zuverläßigen Nutzen will. Große Weiden Tiere auf befristeten Räumen untergebracht, begünstigen den Ausbruch von Krankheiten und machen damit jede Aussicht auf Gewinn zunichte. S.

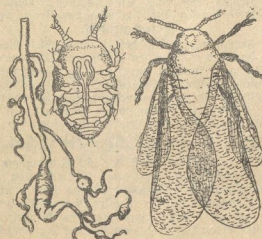
♦ Molkenklee. In Deutschland fallen pro Jahr ungefähr 1 1/2 Milliarden Liter Molken an. Eine Menge, die etwa 45 Millionen Kilogramm Eiweiß und 52 Millionen Kilogramm Milchzucker enthält. Diese wertvollen Nährstoffe wurden bisher wenig oder gar nicht ausgenutzt, ja sie wurden z. T. in die Flüsse abgeleitet. An einigen Stellen jedoch werden die Molken bereits eingedampft und, mit Klee und Stroh vermisch, in den Handel gebracht. Das sollte allgemein gehalten. Für den Kleinbetrieb genügen einfache Verdampfungsmaschinen mit Rührwerk, wobei die Quitten mit der Schaufel beigegeben werden. Für größere Verhältnisse gibt es mechanische Trockenvorrichtungen, ebenso für das Mischen. Alle diese Maschinen arbeiten wirtschaftlich, zumal man darin auch Butters- und Magermilch eindampfen kann.

♦ August-Arbeiten im Gemüsegarten. Der Sommer hat seinen Höhepunkt erreicht. Wenn auch manche landwirtschaftlichen Arbeiten, wie Düten und Hacken, etwas nachlassen, so nehmen wieder andere, wie die Ernte, und mancherlei Vorbereitungsmaßnahmen für das nächste Jahr unsere Zeit in Anspruch. Kein abgeerntetes Beet sollte liegen gelassen werden. Es gibt noch so manches, das in der Erntei einer guten Ernte geföhrt und gepflanz werden kann. Am Anfang geföhrt Spinat gibt noch im Herbst ein schmackhaftes Gericht. In die Sommerhage nachfolgt, die Luft frischer und kühler wird, schneit er nicht mehr, sondern gibt schöne Blätter. In den ersten Tagen des August gemacht, gelingt auch noch ein Ansaat von Fenchel und Sellerie. Ebenfalls von Radies und Salat. Wer im August noch Kohlrabi pflanzt, erhält bei sehr günstiger Witterung noch schöne, zarte Köpfe, weil er jetzt wieder schnell wächst und darum nicht hoch wird, wie im Hochsommer. Ganz frühe Buschbohnen können in den ersten Augusttagen auch noch ausgelegt werden. Falls die ersten Früchte nicht gar zu gelb auftreten, gehen sie Anfangs Oktober noch zarte Schoten. Weiter können noch gepflanzt werden: Grünkohl, Endivien und Bergweibeln. Das Heinkelater der Beete darf nicht vernachlässigt werden. Niemand sollte in einem gut gepflegten Garten Unkraut in Säen klopfen. Eine Unkrautpflanze, die ihren reifen Samen über die Beete verstreut, macht uns im nächsten Jahre manche Stunde Arbeit. S.

Die Reblaus.

(Mit Abbildungen.) (Nachdruck verboten.)

Eine Lebensfrage für den deutschen Weinbau ist der Kampf gegen die Reblaus. Schon vor der bloße Verdacht besteht, ist der Wänter zur Zerstörung der Traubenpest verpflichtet. Verdacht ist vorhanden, wenn einzelne Rebläuse matts Blattgrün und kümmerliche Triebe und Traubenbildung zeigen und an den Wurzeln knotenartige Anschwellungen entdeckt werden. Die ungeflügelte Form der Reblaus schwarz nämlich an den Wurzeln und bringt dadurch allmählich die ganze Pflanze zum Absterben. Da das ausgemachte Insekt nur 3 Millimeter mißt, kann es mit bloßem Auge nicht erkannt werden.



Kranke Stöcke (samt Umgebung) werden ausgerodet und verbrannt. Der Boden wird mit Schwefelkohlenstoff kienfrei gemacht. Das einzige Mittel, die Reblaus dauernd vom Weinberg fernzuhalten, besteht in der Anpflanzung von Fropfsprossen auf reblausicherer Unterlage.

Die Verschleppung erfolgt sehr leicht durch verweichte Wurzelstöcke, Weinbergserträge, Kompost und die Arbeitskleidung der Wänter. Man beachte daher die hierauf bezüglichen gesetzlichen Vorschriften und hole sich unentgeltlichen Rat bei den Beamten des Reblausbekämpfungsdienstes, den Fachanfragen der Länder oder schließlich bei der Biologischen Reichsanstalt.

Verlängerte Beschäftigungszeit im Gewerbebetriebe.

Für Sonntag, den 3. und Sonntag, den 10. August d. J. ist eine verlängerte Beschäftigungszeit im Sandelgewerbe und zwar von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr und von 12 bis 18 Uhr gestattet. Während des Hauptgeschäftes darf die Ausübung des Gewerbebetriebes nicht stattfinden.

Hebra, den 29. Juni 1930

Die Polizeiverwaltung. Göttingen.

Olympia



Olympia-Korrespondenz-Schreibmaschine Buchungsmaschine mit Rechenwerk Soldatmaschine

EUROPA SCHREIBMASCHINEN AG

Fabrik und Verkaufsbüro: ERPURT, Mainzerhofplatz 13
Fernsprecher: Erfurt 4620-23

Büros: Berlin N 24, Friedrichstr. 110-112, Braunschweig, Kaiser-Wilhelm-Str. 85-86, Dortmund, Südwil 11, Dresden, Neustädter Markt 11, Düsseldorf, Wilhelmstr. 12, Erfurt, Mainzerhofplatz 13, Frankfurt a. M., Friedenstr. 2, Hamburg, Kaiser-Wilhelm-Str. 26-31, Hannover, Am Schützenberg 15, Köln, Weisenburgerstr. 78, Leipzig, Nicolaistr. 10, Magdeburg, Otto-v. Guericke-Str. 11, Mannheim, G. 23, München, Kaufinger Str. 3, Nürnberg, Lorenzer Pl. 12, Stuttgart, Tübingen Str. 33.

Auf Wunsch jederzeit unvermeidliche Vorführung.

Wilh. Sauer, Roßleben

Heute:

Feinste englische Fettbücklinge

Wwe. Meitz.

Nur für

Rundfunkhörer

die es noch nicht wissen: Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reich illustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkeitschrift
Der Deutsche Rundfunk
Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.—. Eine Postkarte an den Verlag Berlin N 24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

Heute: Prima
engl. Fett-Bücklinge.
Heinrich Beutel.

Drucksachen
aller Art
in geschmackvoller, sauberer
Ausführung liefert billigst die
Buchdruckerei W. Sauer
Roßleben

Delhagen & Klafing Monatshefte

Deutschlands schönste
illustrierte Monatschrift

Monatlich ein Heft zum Preise von 2.40 RM.

Der geistig bewegliche Deutsche liest diese Zeitschrift; sie bringt ihn in enge und fruchtbare Beziehungen zu allen brennenden Fragen der Zeit in Literatur, Wissenschaft, Kunst u. Leben

Meisterwerke moderner Erzähler sind die zu Veröffentlichung kommenden Romane u. Novellen

Schönster Schmuck der Hefte: Herrliche Bilder-gaben nach Werken der Kunst in Farbendruck. Keine Zeitschrift des In- und Auslandes bringt sie in ähnlicher Vollendung u. Mannigfaltigkeit

Das Haus in dem Delhagen & Klafing Monatshefte gelesen werden, ist eine Stätte der Kultur und edelster Lebensfreude

Der Verlag Delhagen & Klafing, Leipzig 6 1 überfendet auf Wunsch gegen Einzahlung von 30 Pfg. in Marken für Porto - kostenlos ein vollständiges Heft (Juni 1930) als Probeheft

Nebrner Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Er scheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schreibleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Verlagsredaktion: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen laufen: bis 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., bis 60 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Arten.

Nr 90

Donnerstag, den 31. Juli 1930

43. Jahrgang

Die Reichsbahn schafft Arbeit

Berlin, 30. Juli.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat mit dem Reich ein Abkommen getroffen, nach dem sie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Behebung der Arbeitslosigkeit neue

Befellungen und Arbeiten bis zur Höhe von 350 Millionen RM

über das aus der betrieblichen Finanzlage sich ergebende Ausmaß in Einklang mit den durch zu schaffenden Mitteln in Auftrag gegeben wird. Zur Finanzierung dieser Aufträge beabsichtigt die Reichsbahn, zunächst 150 Millionen RM Schanemittel zu begeben. Entsprechend den allgemeinen Bestimmungen der Regierung wird für diese Aufträge neue zu stellen werden, die unter den zur Zeit bestehenden Preisen erheblich juristisch sind.

Für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn haben die Arbeiter zur Verfügung, die aus den Schanemitteln aufkommen. Darüber hinaus beabsichtigt die Reichsbahn schon jetzt im Vorgriff auf die Mittel des Jahres 1931 erhebliche Aufträge, die erfolgen sollen, wenn die Vorarbeiten abgegriffen sind, nach insbesondere über die von der Regierung geleiteten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit den Eisenbahnen abzustimmen.

Zunächst sollen für Oberbaumaterial die jetzt laufenden Lieferungen, die zuletzt am monatlich 20 000 Tonnen geliefert worden waren, auf 50 000 Tonnen erhöht werden. Für Neubehaltung von Oberbaumaterialien sind 80 Millionen RM vorgesehen. Für die Durchführung des Gleisumbaus, soweit dies 1930 noch möglich ist, werden 20 Millionen RM für Befestigungs- und Lohnaufwendungen vorgesehen. Weiterhin sollen für 30 Millionen RM Fahrzeugbeschaffung für das erste Halbjahr 1930 schon jetzt in Aussicht genommen werden. Außerdem sollen für 10 Millionen RM Eisenbahnen- und Sicherungsanlagen im Werte von 2 Millionen RM noch in diesem Jahre bestellt werden. Für Neubauten ist ein Aufwand von etwa 50 Millionen RM vorgesehen. Zur Erfüllung der Beschäftigung und Förderung der Sonderarbeiten an den Fahrzeugen sollen 30 Millionen RM verwendet werden.

Insgesamt wird mit der Reichsbahn durch Aufträge in Höhe von etwa 272 Millionen RM die Arbeitslosigkeit, wodurch Beschäftigung eine Menge von

180 000 Menschen während der letzten Monate des Jahres 1930, beschäftigt werden

Die Finanzierung eines weitergehenden Arbeitsprogramms hängt von der Art und Weise ab, wie und ob Mittel oder langfristige Kredite aufzunehmen werden können.

Die Verteilung der Erwerbslosensubventionen an die Bezirksförderverbände

Dem Landtage ist das bereits angelegte Schreiben der Regierung über die Verteilung von 4 000 000 RM an die Bezirksförderverbände zu den Aufwendungen für Erwerbslosensubventionen. Es heißt darin nach u. a.: Die Regierung glaubt, daß die Forderung der jetzt bestehenden 4 Millionen RM die Aufstellung eines ausreichenden Etats nicht gefährden wird. Denn Sachien kann auf Grund des Reichsgesetzes zur Änderung des Biersteuergesetzes vom 15. April 1930 mit Mehrerwerbungen rechnen, die den Betrag von 4 Millionen erreichen werden. — Die Unterfertigung der vier Millionen soll im wesentlichen nach der Zahl der am 1. Juli vorhandenen Arbeitslosenempfänger und unterförmigen Wohlfahrtsverbänden erfolgen, in gewissen Umfang aber auch die finanzielle Lage der einzelnen Bezirksförderverbände berücksichtigen. Der Verteilungsschlüssel und die auf die einzelnen Bezirksförderverbände entfallenden Summen sollen in Einklang mit dem Sachlichen Gemeindegeld und dem Bestand der Bezirksverbände festgelegt werden. — Der Sachliche Ausschuss des Landtages ist nunmehr zur Beratung der Regierungsvorlage auf den 1. August, 11 Uhr vormittags, einberufen worden.

Partei vorstandssetzung des Zentrum.

Eine Kündigungsandrohung an die Sozialdemokratie. Berlin, 30. Juli.

Vor dem erweiterten Parteivorstand hat der wieder gewählte Prälat Koss eine für den Wahlkampf als programmatisch zu wertende Rede. Er streifte in seinen Ausführungen auch die Parteigruppierungen, die sich in den letzten Tagen vollzogen haben. Er begrüßte die Konfliktlösung des Parteivorstands, glaubte aber, zunächst Zurückhaltung üben zu sollen, da man erst die Erfolge dieser Versuche abwarten müsse.

Dr. Sch. der Führer der preussischen Zentrumsfaktion, erklärte u. a., daß es für die Zentrumsfaktion im Preussischen Landtag unmöglich sein würde, mit der Sozialdemokratie weiter zusammenzuarbeiten, wenn diese ihre Haltung dem Zentrum und insbesondere dem Reichstages gegenüber nicht ändere. Wenn mit diesen Kampfmitteln der Sozialdemokraten nicht Schluss gemacht werde und ein weiteres Zusammenarbeiten dann nicht möglich sei, so solle die Schuld auf die Sozialdemokratie zurückgeführt werden.

Reichstagsler Meinung ging auf die Finanzpolitik der letzten Jahre ein und betonte dabei, daß die Anwendung des Artikels 48 keine diktatorische Maßnahme sei, sondern es mehr ein Mittel zur Erzielung des deutschen Volkes zu staatspolitischen Dingen darstelle.



Die Gründung der Deutschen Staatspartei. Die deutsche Demokratische Partei und die Volkswirtschaftliche Vereinigung (Volkswirtschaftliche Partei) haben sich unter der Bezeichnung Deutsche Staatspartei zu einer neuen Partei vereinigt. Die neue Deutsche Staatspartei sieht auf dem Boden der Verfassung und erbt die Nationalen Symbole. U. a. B. einen Teil der Gründer der neuen Partei. Von links nach rechts stehend: Ernst Lemmer (D. D. P.), Dr. Theodor Eichenburg, Arthur Adolph, Bundessekretär (D. D. P.), ferner: Dr. Josef Winkler (D. D. P.), Erich Koch-Weser (D. D. P.), Maxraun (Volkswirtschaftliche Partei), Sonnenmann (Volkswirtschaftliche Partei).

Staatspartei und DVP.

Vorläufige Führung der neuen Partei. Berlin, 30. Juli.

Das Büro der Deutschen Staatspartei teilt mit, daß ein vorläufiger Parteivorstand gebildet worden ist, dessen Führung die Herren Arthur Maxraun, Minister a. D. Koch-Weser und Dr. Winkler für die jungen Parteimitglieder sowie Gewerkschaftssekretär Erich Glimm übernommen haben. Diese Führung gilt als vorläufig und werde durch neu hinzutretende Kräfte ergänzt werden. Bereits jetzt, so wird weiter mitgeteilt, lägen zahlreiche Zustimmungserklärungen besonders aus dem Lager der parteipolitischen nicht gebundenen jungen Generation und der Deutschen Volkspartei vor. Die Namen würden in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden.

Es scheint jedoch, daß die Union der Deutschen Staatspartei bei der Deutschen Volkspartei nach wie vor auf Widerstand stößt. Die „Nationalistische Korrespondenz“ stellt fest, die Behauptung des Vorkommens und einiger demokratischer Stellen, Reichsminister Dr. Scholz habe nunmehr als Gegenstück zur Staatspartei eine sogenannte Reichspartei zu gründen, sei auch nur eine neueren freien Erfindungen, die gemacht und verbreitet wurden, um für die sogenannte Staatspartei Stimmung zu machen. Ferner erklärt die Reichsgemeinschaft junger Parteimitglieder gegenüber der immer wiederkehrenden Behauptung der demokratischen Presse, daß namhafte junge Parteimitglieder zu der neugegründeten Staatspartei übergetreten seien, daß die in diesem Zusammenhang genannten Herren Dr. Winkler und Reichsminister von Rheinbaben niemals der Reichsgemeinschaft junger Parteimitglieder als Mitglieder angehört haben. Dr. Eichenburg sei zwar Mitglied der Reichsgemeinschaft, habe in ihr aber niemals eine führende Rolle gespielt.

„Deutsche Staatspartei“ besteht schon!

Ein Schriftsteller namens Hall-Halfern, „Erster Vorsitzender der „Deutschen Staatspartei“, reklamiert nunmehr nach der Gründung der „Deutschen Staatspartei“ den Namen für die gleichnamige Gründung, die er selbst vor längerer Zeit vorgenommen habe und die bereits vereinsmäßig eingetragen worden sei. Der Genannte hatte diesen Titel übrigens auch einmal der Deutschen Volkspartei angeboten. Jetzt will er durch seinen Rechtsanwalt eine einstweilige Verfügung erwirken, wonach der Neugründung gleichen Namens die Führung dieser Bezeichnung unterliegt werden soll.

Abtritt des Abgeordneten Ertelenz zur SPD

Wie wir erfahren, ist der Reichstagsabgeordnete Ertelenz aus der Demokratischen Partei ausgetreten und hat gleichzeitig angekündigt, daß er die Mitgliedschaft bei der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen will.

Als Grund für sein Auscheiden bezeichnet er die Haltung der Demokratischen Partei zum Wahlkampf. Da er die ihm wieder angebotene Spitzenkandidatur der Demokratischen Partei für Dittelsdorf-Ost und West abgelehnt hat, wird in politischen Kreisen angenommen, daß Ertelenz bei den kommenden Wahlen für die SPD kandidieren wird.

Schiele zur Bauernpartei übergetreten.

Berlin, 30. Juli. Wie die Landvolksnachrichten mitteilen, hat der Parteivorstand der Landvolkspartei beschlossen, mit der Konfessionspartei eine gemeinsame Reichsliste unter dem Namen „Deutsches Landvolk“ (Christlich-Nationale und Landvolkspartei) aufzustellen. Wie die Landvolksnachrichten weiter hören, hat sich Minister Schiele der Landvolkspartei angeschlossen. Gegenüber der Bauernpartei beizutreten: Dehnenmeyer Bachmann, der bayrische Bauernführer.

Sammlung durch Listenverbindung.

Um keine Wählerstimmen zu verlieren. Berlin, 30. Juli.

Der Reichsinnenminister hat an die Landesregierungen einen sehr ausführlichen Erlaß gerichtet, der viele Seiten lang die Vorbereitungen für die Reichstagswahl erläutert, die Bestimmungen des Reichswahlgesetzes und der Reichstagswahlordnung den beteiligten Stellen ins Gedächtnis ruff und die Maßnahmen dafür gibt, die Anzeigen der Wahlgenüßigkeit zu vermeiden können. Ein Wählerführer ist also, wie es scheint, selbst für die unmittelbare beteiligten Stellen notwendig, die nun schon zum fünften Male die Aufgabe haben, eine Reichstagswahl vorzubereiten und für ihren ordnungsmäßigen Verlauf zu sorgen.

Das Reichswahlgesetz mit seinen 148 Paragraphen und die Reichstagswahlordnung mit ihren 168 Paragraphen und 20 Anlagen sind in der Tat so komplizierte Gebilde, daß sie nicht ohne weiteres verständlich sind.

Auch wenn man berücksichtigt, daß ein großer Teil der Bestimmungen Spezialregeln regelt, wie sie sich aus Wahlgesetzen und Volkswirtschaft ergeben, bleibt doch für die eigentliche Wahlgenüßigkeit eine ganze Fülle von Sonderbestimmungen übrig, die den ganzen Wahlvorgang in allen Details regeln.

Eines der Schlagwörter, die bei der parteipolitischen Vorbereitung des Wahlkampfes eine große Rolle spielen, ist der Begriff der Listenverbindung.

Man hat die Listenverbindung vielfach als ein Mittel betrachtet, eine Parteienkammer zu erzielen. Das Reichswahlgesetz bestimmt: Innerhalb eines Wahlkreises können mehrere Kreiswahlvereine miteinander verbunden werden. Die Verbindung ist wirksam, wenn diese Kreiswahlvereine dem gleichen oder keinem Kreiswahlvereins angehören. Das bedeutet also, daß eine Listenverbindung nicht von rein lokalen Organisationen in einzelnen Wahlkreisen eingegangen werden kann, sondern daß Listenverbindungen stets unter einem gemeinsamen politischen Gesichtspunkt zustandekommen sollen.

Nur wenn solche gemeinsamen politischen Gesichtspunkte vorhanden sind, werden sich mehrere Parteien auf eine gemeinsame Reichswahlvereinigung einigen können, und nur wenn ein gemeinsames Interesse größerer Bevölkerungsteile zu erwarten ist, wird eine Listenverbindung über einen Wahlkreisverband zustandekommen.

In den Wahlkreisen sind also immer ein politisches Gebiet mit gemeinsamen Interessen zusammengefaßt, so daß sich z. B. die Möglichkeit zur Durchsetzung besonderer landmannschaftlicher Organisationen ergibt.

Diese Bestimmungen für die Listenverbindung bedeuten in ihrer praktischen Wirkung für den jetzigen Fall, daß die an einer Listenverbindung beteiligten Parteien eine gemeinsame Reichsliste aufstellen müssen, auf der dann in einer bestimmten Reihenfolge z. B. die Parteiführer aufeinander folgen würden. Daraus bereits ergibt sich eine der bestmöglichen Lösung für den jetzigen Fall, daß die an einer Listenverbindung beteiligten Parteien eine gemeinsame Reichsliste aufstellen müssen, auf der dann in einer bestimmten Reihenfolge z. B. die Parteiführer aufeinander folgen würden. Daraus bereits ergibt sich eine der bestmöglichen Lösung für den jetzigen Fall, daß die an einer Listenverbindung beteiligten Parteien eine gemeinsame Reichsliste aufstellen müssen, auf der dann in einer bestimmten Reihenfolge z. B. die Parteiführer aufeinander folgen würden.

Reichstagswahlgenüßigkeit.

Berlin, 29. Juli. Die Reichstagswahlgenüßigkeit ist ein Begriff, der in der Reichstagswahlordnung eine wichtige Rolle spielt. Er bedeutet, daß ein Wähler nur dann an der Wahl teilnehmen darf, wenn er die Wahlgenüßigkeit besitzt. Die Reichstagswahlgenüßigkeit ist ein Begriff, der in der Reichstagswahlordnung eine wichtige Rolle spielt. Er bedeutet, daß ein Wähler nur dann an der Wahl teilnehmen darf, wenn er die Wahlgenüßigkeit besitzt.



Die Reichstagswahlgenüßigkeit ist ein Begriff, der in der Reichstagswahlordnung eine wichtige Rolle spielt. Er bedeutet, daß ein Wähler nur dann an der Wahl teilnehmen darf, wenn er die Wahlgenüßigkeit besitzt.